

Policy Paper – Statements der Jugendlichen

Roundtable im Österreichischen Parlament

Wien, am 17.11.2025

Im Zuge des Projekts wurde ein Roundtable im Österreichischen Parlament organisiert, wo Jugendliche, die sich während des Projekts und der gemeinsamen Vorbereitungstreffen mit dem Thema auseinandersetzten, ihre Ideen gegenüber Politiker:innen einbringen konnten.

Gerade die Perspektive von jungen Menschen ist in Bezug zu Nachhaltigkeit und Ernährung entscheidend – es ist ihre Zukunft, die sie mitgestalten wollen. Einzelne haben sie zu je einem SDG die Verknüpfungen zu unserem Ernährungssystem aufgestellt und so gezeigt, wie weitreichend das Thema Ernährung greift und wie viele Ideen sie haben, es mitzugestalten und zu selbst zu prägen.

Martino zu SDG2 (Kein Hunger)

Ein Thema, das mir sehr am Herzen liegt, ist die Situation der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in Peru. Mich interessiert besonders, wie kleine Entwicklungsprojekte dazu beitragen können, ihre Lebensqualität zu verbessern und gleichzeitig Nachhaltigkeit, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit in der peruanischen Landwirtschaft zu fördern. In diesem kurzen Statement möchte ich erläutern, wie Österreich eine Rolle dabei spielen kann, eine ökologischere und sozial gerechtere Landwirtschaft in Peru zu unterstützen.

Die Situation der peruanischen Landwirtschaft ist derzeit so, dass exportorientierte Agrarunternehmen vom Staat mit steuerlichen Vergünstigungen technischer Unterstützung gefördert werden. Doch die PeruanerInnen ernähren sich nicht von Spargel oder Heidelbeeren (Perus Hauptagarexporte). Sie leben von Kartoffeln, Reis, Quinoa, Gemüse, Süßkartoffeln, Chili, Tomaten, Zwiebeln, Kürbis, Mais usw. Diese Produkte werden von Kleinbauern angebaut, die den Großteil der peruanischen Bevölkerung versorgen, aber mit mangelnder technischer Unterstützung sowie über wenige finanzielle Hilfen verfügen, um ihre Lebensqualität und ihr Einkommen zu verbessern.

In Peru bilden bäuerliche Familien zwar die Mehrheit der Bevölkerung, sie gelten jedoch als arm, sind stark von Ernährungsunsicherheit betroffen und stehen inmitten von einem sogenannten „Prozess der sozialen Integration“. Dennoch erzeugen die 1.811.000 landwirtschaftlichen Betriebe mit einer Fläche von bis zu fünf Hektar rund 80 % der Lebensmittel, die auf dem nationalen Markt konsumiert werden. Die Versorgung erfolgt über die großen Zentren Lima und die Städte im Landesinneren, sowohl im Hochland als auch im Amazonasgebiet. Dies trägt dazu bei, dass die Bevölkerung des Landes eine autonomere Ernährung hat. Und es geht nicht nur um Quantität, sondern vor allem um Qualität:

Die Vielfalt der Lebensmittel und der Nährwert auf dem Tisch der peruanischen Familie sind fast ausschließlich der familienbasierten Landwirtschaft zu verdanken, da Importe und agroindustrielle Produktion auf wenige Produkte beschränkt sind. Die Familienlandwirtschaft garantiert die Ernährungs- und Nahrungssicherheit der peruanischen Familien und damit auch das Menschenrecht auf angemessene Ernährung. Die Arbeit wird jedoch nicht hoch genug geschätzt und anerkannt. Dies führt zu Armut, sozialer Marginalisierung und Verwendung von chemischem Dünger und Insektiziden, mangels besserer Alternativen.

Heute gibt es spezialisierte Organisationen, die sich der Förderung der familiären, organischen und ökologischen Landwirtschaft widmen – unter Anwendung einer Methodik der Assoziativität, die als „Empresarial Networks“ (Unternehmensnetzwerke) bekannt ist. Diese Methodik basiert auf gemeinschaftlichem Wirtschaften und hat sich in verschiedenen Regionen des Landes bewährt. Das Ziel dieser Projekte ist es, ökologische Produkte zu erzeugen und sie mit den Märkten der Städte sowie mit Käufern mit höherer Kaufkraft zu verbinden. Auf diese Weise entstehen inklusive Geschäftsmodelle, die das Einkommen erhöhen und die Lebensqualität der organisierten Produzenten verbessern.



Diese Projekte sind klein, aber von hoher Qualität und großem Einfluss. Daher benötigen sie nur kleine finanzielle Mittel und technische Unterstützung, im Vergleich zu Großprojekten der Agrarindustrie. Hier kann Österreich und die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) eine wichtige

Rolle spielen, indem Agrartechnik oder finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. In den letzten Jahren gab es keine von der ADA (Austrian Development Agency) finanzierten Entwicklungsprojekte mehr in Peru und dieser Trend sollte aus drei Gründen umgekehrt werden:

1. Zur Verbesserung des Marktzugangs, der Einkommen und der Lebensqualität der Kleinbauern.
2. Zur Förderung einer Umstellung auf ökologische und nachhaltige Landwirtschaft, was der Umwelt zugutekommt und die Produzenten widerstandsfähiger gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels macht, etwa durch den Einsatz von Tröpfchenbewässerungssystemen, die den Wasserverbrauch reduzieren.
3. Zur Stärkung der Beziehungen und Kooperation zwischen Österreich und Peru.

Aus diesen Gründen möchte ich Sie, Abgeordnete der SPÖ, dazu aufrufen, sich stärker für nachhaltige Landwirtschaft in Entwicklungsländern zu engagieren und insbesondere Projekte einer sozial gerechteren und ökologischeren Landwirtschaft in Peru zu unterstützen.

Valentin zu SDG8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum)

Ich mache ihnen ein Jobangebot; sie gehen an einen fremden Ort und verbringen dort 10 Stunden. Die Arbeit ist körperlich anstrengend. Dafür bekommen sie 8€ die Stunde. Vielleicht auch weniger, sie sind sich nicht sicher, denn sie sprechen die Sprache, welche an diesem Ort gesprochen wird, nicht. Sie haben keinen Arbeitsvertrag, mündliche Vereinbarungen, so sagt man es ihnen, seien hier üblich.

Nehmen sie das Angebot an?

Sie arbeiten in ihrer Alltagskleidung, es gibt keine Toiletten an diesem Ort. Sie verbringen die 10 Stunden an der freien Luft, egal bei welchem Wetter: sonne, regen, hitze oder kälte. Sie wissen nicht, für wen sie arbeiten, sie sind über einen Vermittler angestellt, welcher ihnen keine Auskunft darüber gibt. Sie müssten deutlich mehr verdienen laut den örtlichen Regelungen und Gesetzen aber das wissen sie nicht, denn sie werden nicht informiert und verstehen kein Deutsch, ihre Unwissenheit ist nützlich, gewollt und ihr Heraustellungsmerkmal als Arbeitnehmer.

Nehmen sie das Angebot an?

Der Ort, an dem Sie arbeiten ist weit weg von ihrer Heimat. Sie dürfen sich an diesem Ort nur Aufhalten, wenn sie ein Visum haben. Ihr Visum hängt von einem positiven Feedback ihres Arbeitgebers ab. Sie kennen ihn nicht, aber er entscheidet über ihr Leben. Ebenso dürfen sie nicht einfach Job wechseln. Aus den 8€ pro Stunde wurden übrigens 6€. Aber weil man ihnen gut gesinnt ist, werden es dann doch 6.50€. Wenn sie sich noch einmal beschwerten, dürfen sie für die nächsten 3 Tage nicht Arbeiten.

Sie wohnen in einer vom Arbeitgeber gestellten Unterkunft, diese ist zwar 100€ teurer als eigentlich versprochen aber sie beschwerten sich nicht. Es werden ihnen jeden Tag 5€ für den Transport von der Unterkunft zu ihrem Arbeitsort abgezogen. Aber sie beschwerten sich nicht. Sie werden keine arbeitsrechtlichen Schritte setzten, den sie wissen davon wenig, sie sprechen die Sprache nicht und helfen würden ihnen auch keiner, aber vor allem beschwerten sie sich nicht. Sie sind einer oder eine von 49.000 und haben das große Glück ein Erntehelfer:inn in Österreich zu sein.

Nehmen sie das Angebot an?

Etwas, was Österreich 2015 angenommen hat, sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung. Wenn man diese durchschaut, stößt man auf das sogenannte SDG8: da steht dann einiges zu Wirtschaftswachstum, aber vor allem steht dort: "menschenwürdige Arbeit für alle fördern". Jetzt frage ich sie, handelt es sich bei dem Angebot, welches ich ihnen unterbreitet habe, um menschenwürdige Arbeit? Ich denke es handelt sich um menschenunwürdige Arbeit, an welcher wir uns tag täglich durch den Konsum von österreichischen Lebensmitteln



bereichern. Wie können solche Arbeitsbedingungen noch immer die Realität von vielen Menschen in Österreich sein?

Jana zu SDG10 (Weniger Ungleichheiten)

Arm und Reich: Wie groß ist die Einkommensschere in Österreich wirklich?

Man spürt und hört sie überall: Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Die Preise steigen in allen Lebensbereichen, und viele Menschen fragen sich mittlerweile, ob sie sich das Leben überhaupt noch leisten können. Wohnen, Lebensmittel, Freizeit oder Ausbildung. Alles wird teurer, und das Geld reicht oft nicht mehr aus. Wirtschaftskrisen erschüttern die heimische Wirtschaft und damit auch das private Geldbörsel.

In Österreich ist die Situation besonders alarmierend. Im Vergleich der Eurozone liegt Österreich auf Platz zwei, was die Ungleichheit zwischen Arm und Reich betrifft. Nur Lettland steht noch schlechter da. Warum ist das so? Ein großer Teil des Vermögens konzentriert sich in den Händen weniger Menschen. Das Vermögen ist also alles andere als gerecht verteilt.

Insgesamt 19 von 27 EU-Staaten erheben eine Erbschaftssteuer. Österreich jedoch nicht. Eine solche Steuer würde nicht die mittelständische Familie treffen, die vielleicht eine kleine Wohnung vererbt, sondern jene, die über enormes Vermögen verfügen. Ein Beispiel aus Deutschland zeigt die Dimension: Eine wohlhabende Familie versäumte es, ihr Vermögen rechtzeitig in eine Stiftung zu übertragen, und musste daher fast 4 Milliarden Euro an das Bundesland Bayern zahlen. Zum Vergleich: Der gesamte deutsche Staat nimmt jährlich rund 6 Milliarden Euro an Erbschaftssteuer ein.

In Österreich besitzen die zehn reichsten Personen rund zwei Drittel des gesamten Vermögens. Namen wie Mateschitz oder Porsche stehen exemplarisch dafür. Besonders auffällig ist zudem die strukturelle Benachteiligung von Frauen: Sie verdienen im Durchschnitt deutlich weniger als Männer und erben auch seltener größere Vermögenswerte. Ab Anfang November arbeiten Frauen, gemessen an der Lohnschere, quasi gratis im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen.

Armut geschieht nicht zufällig, sie ist systematisch bedingt. Das darf man nicht vergessen. In der UN-Menschenrechtskonvention ist das Recht auf ein gutes Leben festgeschrieben. Im ersten Artikel heißt es: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Doch wenn Menschen trotz Arbeit nicht genug Geld für eine ausgewogene Ernährung oder eine sichere Wohnung aufbringen können, dann läuft etwas grundlegend schief, nicht nur im Wirtschaftssystem, sondern im gesamten gesellschaftlichen Gefüge Österreichs.

Paul zu SDG12 (Nachhaltiger Konsum und Produktion)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Politiker*innen,

mein Name ist Paul Leindecker und ich spreche heute als junge Person, die sich für eine faire, nachhaltige Lebensmittelversorgung und globale Verantwortung engagiert. Ich möchte mit Ihnen über die Rolle Österreichs bei der Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes sprechen und warum Österreich meiner Ansicht nach nicht einfach mitmachen sollte, sondern als Vorreiter auftreten muss.

In der Weihnachtszeit greifen viele von uns zur Packung Pralinen oder zur Tafel Schokolade. Oft ohne zu hinterfragen, unter welchen Bedingungen Kakao angebaut, geerntet und verarbeitet wurde. Kinderarbeit, niedrige Löhne, Umweltzerstörung in den Ursprungsländern sind nach wie vor reale Risiken. Wenn wir eine faire und nachhaltige Lebensmittelversorgung wollen, dann darf es nicht sein, dass die letzten Glieder der Lieferkette ausgeklammert sind.

Was ist das Lieferkettengesetz und welche Probleme gibt es damit?

Die EU hat sich auf ein Lieferkettengesetz geeinigt: Ein Gesetz, das Unternehmen verpflichtet, Verantwortung für Menschenrechte und Umwelt entlang ihrer Lieferketten zu übernehmen.



Doch im Laufe der Verhandlungen wurde die Richtlinie stark verwässert: Sie gilt nun erst für Unternehmen ab **1.000 Mitarbeitenden und 450 Millionen Euro Umsatz**: Also nur für einen Bruchteil der europäischen Wirtschaft. Außerdem sollen viele Verpflichtungen nur für **direkte Zulieferer** gelten, nicht für die gesamte Kette. Außerdem wurde im Rahmen des Omnibus-Pakets vorgeschlagen, diese Pflichten noch weiter zu entschärfen: z. B. nur noch auf direkte Lieferanten statt auf die gesamte Wertschöpfungskette zu schauen. Ebenso sollen Schwellenwerte angehoben und Fristen verlängert werden.

Meine Forderung an die Politik:

- Österreich sollte **eine nationale Umsetzung des Lieferkettengesetzes anstreben, die über die EU-Mindeststandards hinausgeht**, inklusive der Rohstofflieferketten (z. B. Kakao) und nicht nur der direkten Lieferanten.
- Unterstützungsprogramme für kleine und mittlere Betriebe, insbesondere im Agrar- und Nahrungsmittelsektor, müssen eingerichtet werden, damit sie die Vorgaben umsetzen können.
- Kennzeichnungssysteme für Konsument: innen sollten gestärkt werden, damit klar ersichtlich ist, woher ein Produkt stammt, unter welchen Bedingungen es hergestellt wurde und ob entlang der gesamten Lieferkette Menschenrechte und Umweltstandards eingehalten wurden.

Warum sollte Österreich ein nationales Lieferkettengesetz umsetzen?

Fairer Wettbewerb statt unfairer Vorteile

Wenn nur wenige Unternehmen Verantwortung übernehmen, profitieren jene, die auf Kosten von Menschen und Umwelt billiger produzieren. Ein starkes Gesetz sorgt für gleiche Spielregeln: Wer nachhaltig arbeitet, darf dadurch nicht benachteiligt werden. So wird verantwortungsvolles Wirtschaften zum Wettbewerbsvorteil, nicht zum Nachteil.

Schutz für Produzent: innen im globalen Süden

Millionen Menschen arbeiten in unserer globalen Lieferkette: Auf Kakaoplantagen, in Textilfabriken, in der Landwirtschaft. Ein starkes Gesetz hilft, ihre Lebensbedingungen zu verbessern: durch faire Löhne, sichere Arbeitsbedingungen und Umweltschutz. Damit trägt Österreich konkret zu globaler Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung bei.

Mehr Transparenz und Vertrauen für Konsument: innen

Immer mehr Menschen in Österreich wollen wissen, woher ihre Produkte kommen und ob sie fair produziert sind. Ein ambitioniertes Lieferkettengesetz schafft Transparenz und stärkt damit das Vertrauen zwischen Konsument: innen, Unternehmen und Politik.

Schlusswort

Wenn wir das Thema ernst nehmen, profitieren alle: Menschen weltweit, die unter faireren Bedingungen arbeiten. Unternehmen, die langfristig wettbewerbsfähig bleiben. Und wir als Gesellschaft, die glaubwürdig für Nachhaltigkeit und Menschenrechte steht.

Darum mein Appell:

Österreich darf nicht nur mitmachen! Wir müssen vorangehen. Gerade weil das EU-Gesetz abgeschwächt wurde, braucht es Länder, die zeigen, dass Verantwortung keine Last ist, sondern ein Wert.

Vielen Dank.

Elisabeth zu SDG13 (Maßnahmen zum Klimaschutz)



In der Früh stehe ich auf, mache mich fertig und bereite im Anschluss meine Jause für die Schule vor. Ohne zu zögern, schneide ich das Brot in Scheiben, hole den Aufstrich aus dem Kühlschrank und lege noch Gemüse oder Obst in die Tupperdose. Wenn ich dann von der Schule komme, gibt es Mittagessen oder ich mache es mir. Es ist mehr als genug da. Im Laufe des Tages hole ich mir dann einmal einen Snack, esse die Banane, die da im Obstkorb liegt, und zu Abend dann wieder Brot, Müsli oder nochmal etwas vom Mittagessen. Das ist Routine für mich – überlegen brauch ich da nicht viel.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich heute hier sein zu können.

Wie oft machen Sie sich, wie oft machen wir uns Gedanken darüber, was Sie, was wir, essen? Woher das Essen kommt und unter welchen Umständen es produziert wurde?

Ich traue mich zu behaupten, nicht so oft, wie wir es tun sollten.

Immer öfter lesen wir Schlagzeilen von Dürren in den Ländern des globalen Südens. Von Abholzung, Waldbränden, Vernichtung von Lebensgrundlagen, Wetterextremen. Etwas, das schrecklich klingt, uns die immense Auswirkung aber gar nicht bewusst sein kann, da es zu weit weg ist. In den Supermärkten bekommen wir davon fast gar nichts mit – die Regale sind voll. Dabei sind es wir, der globale Norden, die G20-Staaten, die für den Großteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Wir sind für die Dürren, für die Ernteaufälle, für die Wetterextreme verantwortlich, verlangen aber gleichzeitig jeden Tag genug und eine riesige Auswahl zum Essen zu haben.

Deshalb fordere ich, hier und jetzt, dass wir als Österreich mit gutem Beispiel vorangehen. Investieren wir endlich ausreichend in Erneuerbare, forcieren den Ausstieg aus fossilen Energieträgern und unterstützen die Wirtschaft bei der Energiewende. Stehen wir auf gegen das ungerechte System, das momentan die Realität ist. Wenn wir nicht entschlossen handeln, andere Staaten vom Gelingen dieses Wandels überzeugen, indem wir zeigen, wie es funktionieren kann, können wir kein faires Miteinander in der Ernährungsindustrie sichern.

Fördern wir den Konsum von pflanzlichen Lebensmitteln, denn vor allem die tierischen Nahrungsmittel tragen zur Fortsetzung der Klimakrise bei. Und nein, das heißt nicht, dass beispielsweise Fleisch und Milchprodukte verboten werden, sondern dass ein Bewusstsein geschaffen wird, was man vor einem am Teller liegen hat. Sowohl was das für die Tiere, für die Natur heißt, als auch für die Arbeiter*innen, die uns dieses Essen ermöglichen. Förderung pflanzlicher Ernährungsweisen bedeutet, dass pflanzliche Lebensmittel leistbarer werden und ein nachhaltiger Konsum angestrebt wird. Und es bedeutet auch, dass nicht jede Mahlzeit Fleisch, Wurst, Fisch oder Käse beinhaltet.


Wenn wir für Menschenrechte, für Gerechtigkeit und für das Leben sind, dürfen wir nicht länger warten und die Schuld auf andere schieben oder sagen, Österreich sei zu klein dafür. Das sind nichts als billige Ausreden.

Ich will, dass ich in mein Weckerl beißen, mein Mittagessen verzehren kann, mit dem Wissen, dass ich an keiner Ausbeutung schuld bin, dass die Menschen überall Essen bekommen und nicht aufgrund ein paar Weniger Angst um ihre Existenz, ihre Nahrungssicherheit, ihren Lebensraum haben müssen.

Setzen wir uns ein für Verbesserung – gemeinsam, entschlossen, jetzt.

Danke!

Mit Unterstützung vom

 Bundesministerium
Land- und Forstwirtschaft,
Klima- und Umweltschutz,
Regionen und Wasserwirtschaft